

Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes Christlicher Schneider, Schneiderinnen
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Denloerwall 9. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,
Denloerwall 9.

Bestellungen für direkte Zusendung,
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle
zu richten.

Redaktionschluss:
Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.,
ohne Bestellgeld.
Abonnements-Bestellungen nimmt jede
Postanstalt entgegen.
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.
Verbandsmitgliedern erhalten das Organ
gratis.

Nr. 8.

Köln, den 19. April 1913.

10. Jahrgang.

Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1912.

Im Berichtsjahre haben politische und geistige Strömungen sehr stark auf die Tätigkeit der Gewerkschaften zurückgewirkt. Um sich diese Lasten zu veragewärtigen, genügt der Hinweis auf die in 1912 getätigte Reichstagswahl und die durch sie hervorgerufenen Auseinandersetzungen sowie auf den Gewerkschaftsstreit unter den deutschen Katholiken. Die Reichstagswahl stand unter dem Zeichen erbittertesten Ringens zwischen den bürgerlichen Parteien, mit dem praktischen Ergebnis, daß der Sozialdemokratie die Sägen in die Kränze gejagt wurden. Sodann wurde der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager, auf den früher kurz zurückgegriffen werden soll, im verflochtenen Jahre auf die Spitze getrieben. Diese Vorgänge verurteilten den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften ziemlich Arbeit, wie sie vorübergehend auch die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften lähmend beeinflussten.

Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung standen Bergarbeiterfragen im Vordergrund. Mit dem Vorgrüpfen auf einer Bergarbeiterbewegung — im Ruhrrevier — hebt das Berichtsjahr an und mit einer Einleitung einer Bergarbeiterbewegung im Saarrevier — schließt es ab. Bergarbeiterbewegungen begehen in Deutschland stets größeres Interesse, weil das Gros der deutschen Bergarbeiter in nur wenigen Bergbaugebieten beschäftigt ist und daher Bergarbeiterbewegungen meist einen größeren Umfang annehmen. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung befindet sich sodann die Bergarbeiter in vorgehobener Stellung, weil der Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter die älteste und stärkste Organisation im christlichen Gewerkschaftslager darstellt. Es ist deswegen verständlich, daß die Weigerung der christlichen Bergarbeiter, an dem Kampf im Ruhrgebiet vom Frühjahr teilzunehmen, mit einem Schläge das in Deutschland ohnehin so kompliziert liegende Gewerkschaftsproblem nach allen Seiten aufrollte. Nun liegt zudem der Kern der Gewerkschaftsstreiks im Ruhrrevier, wo sich die Massen „aus aller Herren Länder“ drängen und schieben, vielfach wurzellos und voll instinktiver Abneigung gegen Verhältnisse, die den ihrerseits gewohnten oft nur wenig entsprechen, sodas es nicht schwer hält, den Feuerbrand hineinzuworfen. Dazu ein Unternehmertum, das sich gegen jeden sozialen Luftzug trotzig und unbeweglich verhält. Weil nun die Gewerkschaftsbewegung ebensowenig wie irgend eine andere Körperschaft das Leben nach vorgefertigten Theorien meistern kann, sondern ihre Grundzüge aus dem tatsächlichen Stande der Dinge heraus entwickeln muß, darum hat die Gewerkschaftsleitung hier mehrfach in die Leitung von spontan ausbrechenden Bewegungen eingewilligt, denen an anderer Stelle einfach die strengen Bestimmungen des Statuts entgegengesetzt worden wären. Aber auch im Ruhrgebiet muß auf die Dauer der Gewerkschaftskampf in gewerkschaftlichen Formen geführt werden; denn Gewerkschaft heißt schließlich Organisation, d. i. Disziplinierung, Erziehung der Massen zur geordneten Wahrnehmung ihrer Interessen. Und diejenige Gewerkschaft würde moralischen Selbstmord begehen, die sich dauernd auf dem Vulkan ungezügelter Masseninstinkte bewegen würde. Nur auf der beschriebenen Grundlage ist auf die Dauer eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vertretern der Großindustrie möglich. Mit ethischen Hinweisen ist den typischen Wortkämpfern des Großindustrialsmus nicht beizukommen. Mit Gründen der Logik ebensowenig; denn wenn letzteres der Fall wäre, wie wäre es dann zu erklären, daß neben den Vertretern agrarischer Interessen, gerade die Vertreter der Großindustrie zu den lautesten Rufnern nach Maßnahmen zur Beschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter gehören — Vertreter solcher Kreise also, die ihrerseits sogar den Koalitionszwang in Kartellen usw. bis

zur Strupplosigkeit ausnutzen? Diese Sinnwidrigkeit muß den einseitig auf sich bedachten Kreisen mit aller Entschiedenheit zum Bewußtsein gebracht werden. Dazu gibt es aber vorberhand nur einen einzigen Weg: eine starke, aber auch wirklich disziplinierte Gewerkschaftsbewegung, die das Unternehmertum zur rechten Zeit an der verdammbaren Stelle angreift und so allmählich auch die Allgemeinheit veranlaßt, den Mächtigen in der Montanindustrie klarzumachen, daß sie auf die Dauer nicht gewillt ist, in uniere Zeit sozialen Denkens und Ahlens Auswüchse eines durchaus willkürlich und einseitig interpretierten Feudalismus hineinzuwahren zu lassen. Daß die betr. Unternehmerkategorie sich über diese Zusammenhänge durchaus klar ist, beweisen ihre gelegentlichen gebäufigen Ausfälle gegen die christlichen Gewerkschaften, die im Berichtsjahre den Beweis geliefert haben, auch im Bergbau disziplinierte Gewerkschaftsbewegungen geführt werden können.

Neben großindustriellen Kreisen sind es hauptsächlich agrarische Interessen, die nicht nur den ländlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten wollen, sondern sich auch eifrig um die Einengung des Koalitionsrechtes der Industriearbeiter bemühen; bis jetzt allerdings ohne nennenswerte Ergebnisse. Dennoch müssen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter den diesbezüglichen Bestrebungen unausgesetzt ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Als bekannt wurde, daß die christlichen Gewerkschaften sich der ländlichen Arbeiter in zweckentsprechenden Einrichtungen annehmen wollten, wußte man von agrarischer Seite nichts anderes zu tun, als ihnen ein scharfes „Gänze weg!“ zuzurufen. Zur Unterfuchung der Gründe dieses Vorgehens ist unseres Wissens auch nicht ein Anlauf gemacht worden. Daß sich die christlichen Gewerkschaften ihr Vorgehen, das sie doch immerhin verheißenes kostet, vorher recht eifrig überlegt haben — der Gedanke scheint gar nicht erwogen zu sein — und daß Kollege Behrens bei all seiner sonstigen Zuanfpruchnahme noch einmal wieder die kalten und schwierigen einer erst noch einzuführenden Organisation übernimmt, scheint als der allertäglichsche der Zufälle hingenommen zu werden. Alles gleitet ab von der Starbeit der einmal bestehenden Vorurteile, die zwar sehr alt, aber keineswegs ebrwürdig sind. Wir würden eine Vernachlässigung unserer dringendsten Pflichten darin erblicken, wenn wir uns an sie stören wollten.

Mehrfach wurde das Verhältnis zu den Christlich-Dunderschen Gewerkschaften im Berichtsjahre Belastungsproben verschiedener Art ausgesetzt. Das Verhältnis, das sich praktisch in freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Organisationsbewegungen umlegen sollte, ist die Frucht jahrelanger Bemühungen wohlmeinender, sozial-interessierter Dritter. Lange haben die christlichen Gewerkschaften diesen Bemühungen kühl und reserviert gegenübergestanden. Um indes nicht in den Verdacht zu kommen, als ob ihnen die bloße Agitation über alles gehe, haben sie schließlich zum Abschluß der bekannten Vereinbarungen sich bereit gefunden. Die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften haben anscheinend von den Vereinbarungen mehr erwartet als praktisch durch sie verwirklicht werden konnte. Sie dachten sich beispielsweise, daß durch ihr Verhältnis zu den christlichen Gewerkschaften auch die katholischen Arbeitervereine und die Zentrumspresse eine friedlichere Stellung gegenüber den Christlich-Dunderschen Gewerkschaften einnehmen würden. Solche Hoffnungen mußten sich als unausführbar herausstellen. Die Stellung der Zentrumspresse und der katholischen Arbeitervereine zu staatsbürgerlichen und kulturellen Fragen ist vielfach derjenigen, der die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften in ähnlichen Fragen einnehmen, direkt entgegengesetzt, sodas es zunächst außer der Macht der christlichen Gewerkschaften lag, in dem von d. Christlich-Dunderschen Gewerkschaften erwünschten Sinne auf Tagespresse und konfessionelle Arbeitervereine einzuwirken. Dann ist es auch selbstverständlich, daß Vertragsverhältnisse auf Gegenseitigkeit beruhen. Für Vereinbarungen, bei denen die christlichen Gewerkschaften lediglich den gebenden und die Christlich-Dunderschen Gewerkschaften allein den nehmenden Teil darstellen, sind selbstverständlich die ersteren nicht zu haben. Und daß etwa die Tagespresse, die den Christlich-Dunderschen Gewerkschaften nahesteht, in den letzten Jahren sich zu den Christlich-Dunderschen Gewerkschaften nahesteht, in den letzten Jahren sich zu den christlichen Gewerkschaften freundlicher als ebendem gestellt hätte, wird niemand behaupten wollen. Auch bei Lohnbewegungen und Streiks glaubten einige Christlich-Dundersche Verbände, ohne Rücksicht auf die bestehenden Vereinbarungen, ihr Verhalten lediglich nach ihren einseitigen agitatorischen Bedürfnissen einrichten zu können. Daraus ist zwischen dem christlichen Metallarbeiterverband und dem Christlich-Dunderschen Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer in den letzten Monaten eine heftige Auseinandersetzung entworfen, durch die die zwischen beiden Verbänden bestehenden Vereinbarungen ganz von selbst gegenstandslos wurden. Im Holz- und Malergewerbe dagegen arbeiten der christliche und Christlich-Dundersche Verband, insbesondere bei Tarifbewegungen, verhältnismäßig gut zusammen. Ob nach den Vorgängen der letzten Monate zwischen den beiden Metallarbeiterorganisationen, die leinerseitig getätigte allgemeine Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Verbands der deutschen Gewerkschaften noch größeren Wert hat und für die Zukunft aufrechterhalten werden kann, erscheint sehr fraglich.

Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wurde im Berichtsjahre bekanntlich auf die Spitze getrieben und zu einem bestimmten Abschluß gebracht. Ein Rückblick auf die letzte Periode dieses zehnjährigen Kampfes kann nicht anders als in der Frage gipfeln: Was haben denn nun die katholischen Fachabteilungen erzielt? Legt man den Maßstab an ihre eigenen zinnermäßigen Erfolge an, dann ist das Ergebnis ein geradezu klägliches und demütigendes. Die ganzen, mit dem Aufgebote mächtigster Freunde und Gönner durchgeführte zwölfjährigen Anstrengungen haben eine Handvoll von Arbeitern um ihre gewerkschaftliche Fahne gesammelt, ein Grüppchen, dessen Pulsschlag mehr auf Sterben wie auf Leben deutet und das sich daher gleicherweise bei Arbeitern wie Arbeitgebern vergebens um einigen Kredit bemüht. Aber das ist schließlich nicht einmal das Wichtigste, weil diese „Erfolge“ ja allzu deutlich die verlorene Position erkennen lassen und die Fachabteilungsbewegung von vorneherein als eine vorübergehende Erscheinung kennzeichnen. Wichtiger ist, was von diesen Kämpfen auf dem Schlachtfeld bleibt, nicht allein auf dem direkt organisatorischen Gebiete, sondern in ideeller Hinsicht. „Berliner“ Führern konnte natürlich die mangelnde Zugkraft ihres Programmes nicht verborgen bleiben. Sie suchten daher nach anderen Mitteln zur Kräftigung ihrer Bestrebungen unter den deutschen Katholiken und bemühten sich in diesem Sinne um die Gewinnung der Autorität der kirchlichen Hierarchie für ihre Ideen. Wo sich ihnen nur ein Strohhalmchen bot, ergriffen sie es gierig, um es alsbald zum Zwecke ungläubiger geistiger Transpiration zu verwenden und so ihr Schiff flott zu bekommen. Ihre unerhörten Zumutungen trugen ihnen eine energische Abwärtigung verschiedener deutscher Bischöfe ein. Und so kam es dann zu ihrem letzten verwegenen Schritt: Sie wandten sich über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg an das Oberhaupt der katholischen Kirche, um ein Verbot der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Dieses va banque-Spiel schlug aber fehl. Denn, wir haben es schon im Herbst des letzten Jahres geschrieben, Unmögliches kann schließlich auch der Papst, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten und in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung, nicht möglich machen. Und so hat sich Berlin mit seinen jahrelangen und vielseitigen Aktionen praktisch lediglich nur erzielt, daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Das ist aber das Entgegengesetzte dessen, was die „Berliner“ zu erstreben vorgaben.

Auf der andern Seite hat die jahrelange Auseinandersetzung gewiß dazu beigetragen, die grundsätzliche Unterlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung so zu stärken, wie es bei keiner anderen ähnlichen Bewegung der Fall ist, und die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit, in der Willkürhaft und in der öffentlichen Meinung schneller und wirksamer bekannt zu machen, als es unter sonstigen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Nichtsdestoweniger aber ist es ein Kampf gewesen, und als solcher mußten, wie in jedem Kampfe, Kräfte in der Abwehr verwendet werden, nach denen in der positiven, aufbauenden Arbeit eine zuzulassende schreiende Nachfrage bestand. Was da verloren wurde, ist unwiederbringlich dahin, wenigstens insofern, als es dem gemeinsamen Gegner zugefallen ist.

Jetzt aber ist der Damm gebrochen. Nunmehr können sich die Kräfte auf der ganzen Linie wieder konzentrieren. Jetzt muß es wieder vorwärts gehen! Zu dem Augenblick, wo diese Zeiten ins Land hinaus gehen, fallen die Würfel über das Schicksal der bedeutendsten Tarifverträge. Das gesamte Wirtschaftsleben wird von dem Organisationswesen in tiefgreifender Weise erfaßt. Das ist die Zeit, wo auch der Herrnherrliche seine Augen vor der Gewerkschaft nicht mehr verschließen kann. Nach der Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage sind eine Fülle von Kräften wieder frei geworden. Sie müssen sich mit den in der Werbung bereits befindlichen vereinen, damit alle Chancen ausgenutzt werden. Jetzt darf es keinen Stillstand mehr geben! Die Gesamtbewegung bemüht sich um einen ständigen weiteren Ausbau der Erleichterung der Agitation und zur Stärkung unserer Bestrebungen vorsehenden Einrichtungen. Die Ortskartelle sind in stichtlichem Aufblühen begriffen, seitdem sich ein eigenes Deservat um ihre Angelegenheiten bemüht. Es sollte den Ortskartellen aber auch im Lande überall die gebührende Sorgfalt zugewendet werden. Gewiß liegen auf unserer Seite die Verhältnisse grundsätzlich verchieden, wenn man sie in Vergleich zu denen bringt, unter denen sich die sozialistischen Organisationen betätigen. Bei diesen geben Partei und Gewerkschaften, Frauenbewegung und Jugendbewegung usw. in jeder Weise zusammen, und die sozialdemokratische Tagespresse studiert ihnen. Ein ähnlich geschlossenes und einheitliches Wirken ist für unsere Bewegung nicht zu erzielen. Aber wir dürfen auch nicht in das entgegengelegte Extrem verfallen, um uns nur auf dem Boden der Berufsorganisation zu betätigen. Vielmehr erwächst aus den bezeichneten Voraussetzungen die zwingende Notwendigkeit, uns innerhalb des Ortsbezirks untereinander so fest wie möglich zusammenzuschließen. Dieses Zusammenwirken und die Erarbeitung eines breiteren Aktionensystems in der Öffentlichkeit werden wesentlich erleichtert durch die aufklärende Tätigkeit des Preßbezirksrats, das insbesondere durch die viel verbreitete „Gewerkschafts-Korrespondenz“ für sachliche Information der öffentlichen Meinung und Zurückweisung der Angriffe auf die Bewegung sorgt. Alles läßt sich natürlich nicht von einem Zentralpunkt aus machen: es muß auch allenthalben die eigene Initiative nach Mitteln und Wegen zur Ausbreitung der Bewegung suchen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf die Jugend gerichtet werden, für deren zweckmäßige Behandlung im Laufe der Zeit eine Reihe von Anregungen ergangen ist. Neuerdings blüht hier „Die Jugend“, die neue Korrespondenz zur Förderung der Jugendarbeit in unserer Bewegung, die für die Funktionen und die Jugendkommissionsmitglieder bestimmt ist, fräftig nach. Aber nochmals: die Hauptfache bleibt, daß die ergebenden Anregungen in jeder Beziehung Männer finden, die sie in die Tat umzusetzen bereit und gewillt sind.

Das aber ist die zwerfliche Erwartung der Leistung der Gesamtbewegung. Möge sie in dieser Erwartung sich nicht getäuscht leben!

Altruismus oder Egoismus?

Unter diesem Titel geht Herr Karl Schwarz, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe, mit der Deutschen Arbeitgeberzeitung, dem Zentralorgan deutscher Arbeitgeberverbände im „Zentral-Organ“ (Nr. 12) scharf ins Gericht. Veranlassung hierzu gab Herrn Schwarz ein Artikel in der D. A. Ztg., welcher sich mit der Tätigkeit Unparteiischer bei Lohn- und Tarifstreitigkeiten befaßt. Der Artikel war offenbar in der Absicht geschrieben, das deutsche Arbeitgeberum und darüber hinaus die gesetzgebenden Körperschaften gegen die Vermittlerfähigkeit unparteiischer Herren, wie gegen die Weiterbildung dieser Institution zu einem Reichseinigungsamt scharf zu machen. Dabei verschmähte es der Artikelschreiber nicht, den Herren, die in uneigennützigster Weise nur dem sozialen Ausgleich zu dienen bestrbt sind, persönlich nach zu treten. Der Artikel knüpfte an einen Aufsatz an, welchen Staatsminister Frhr. von Verelisch in Nr. 1 des „Einigungsamt“, in welchem die Errichtung eines Reichseinigungsamtes als eine unabwendbare Notwendigkeit bezeichnet wird, veröffentlichte. Dies veranlaßte den Schreiber des Artikels zu folgenden Äußerungen:

„Wenn man diese Worte liest, dann kann man unumwunden ein Hofianna antimmen, daß solche Männer — zu

ihnen gehört ja auch Freiherr von Verelisch — im Deutschen Reich zur Verfügung stehen, die aus unparteiischstem Altruismus heraus die segensreichsten Schiedssprüche fällen und so fällen bereit sind. Man möchte sich ihnen lächelnd darüber hinwegnehmen, wenn nicht die Gefahren, die darin verborgen liegen, mit zwingender Notwendigkeit die Rechte dieses Treibens an das Tageslicht zögen.

Was ist von den Schiedssprüchen erwähneter Art für die Unternehmer zu halten? Die Antwort ist ebenfalls kurz als unhaltbar: Nichts! ... Weht doch die bei derartigen Schiedssprüchen beliebige Täuschung bekanntlich dahin, daß im summarischen Verfahren die Forderungen der beiden Parteien zusammengezogen und einfach dividirt werden, ohne Rücksicht darauf, was aus dem betreffenden Gewerbegebiet wird: $a + b = c$ wäre einfach die mathematische Formel hierzu. Es wäre endlich einmal an der Zeit, daß der sozial-duzigen Strömung unserer Zeit Einhalt geboten würde, die dem ohnehin schon schwer ringenden Gewerbebestand immer höhere Opfer auferlegt und dabei ganz übersehen, daß die erhöhten Lasten wieder eingetracht werden müssen. Wer die wirtschaftlichen Vorbedingungen des hier herrschenden Konfliktzustandes näher kennt, muß sofortigtündlich zusehen, wie man in den famosen Schiedssprüchen einfach Lohnserhöhungen und Arbeitszeitverkürzung dekretiert. Und wer fällt diese? Leute, die ganz außerhalb stehen und weder am eigenen Leibe und noch viel weniger am eigenen Geldbeutel die Wirkungen ihrer Weisheit verspüren. Es dabei immer nur altruistische Motive als Triebfeder wirken oder ein Totenbrang, der dem Reich nach oben seine Entfaltung verankert, bleibt an und für sich gleichgültig. Die Interessen der in einer Lohnbewegung stehenden Gewerbebezüge können nur wahrgenommen werden durch Leute aus den eigenen Reihen, die nicht nur die notwendigen Kenntnisse sondern das noch viel notwendigeres Gefühl für jene besitzen.“

Der Artikel beschäftigt sich dann noch mit der durch die Erhöhung der Arbeitslöhne entstehenden Verteuerung der Produktionskosten, mit der wenig entgegenkommenden Haltung der Behörden und schließlich seinen ersten Teil mit folgenden Sätzen ab:

„In den Parlamenten wird in bewegten Worten die Not des Mittelstandes geschildert und auf Mittel und Wege zu seiner Sebung gewonnen, die Regierung macht Versprechungen — und beauftragt denn „Unparteiische“, die in großmütiger Erkenntnis der Not des Arbeiters über Lohnserhöhungen verfügen, für die andere aufzukommen haben. Wer garantiert denn dem Unternehmer jährlich eine Mehreinnahme, ohne daß er größere Leistungen vollbringt? Sind die Zeiten so teuer, dann möge auch der Arbeiter mehr leisten, wie das ein jeder tun muß, der auf höhere Einkünfte dringen muß.“

Herr Schwarz gibt zunächst eine geschichtliche Darstellung, wie das Vermittlungsverfahren Eingang gefunden hat und bezeichnet das reichseinigungsamtliche Eingreifen als eine Forderung der Zeit, da sie heute schon von vielen einseitigen Korporationen aus beiden Lagen gewünscht und in ihren Verträgen die Institution der Unparteiischen zwecks Verhütung widersprechender Kämpfe in irgend einer Form vorgezogen haben.

Der persönlichen Seite des Artikels tritt Herr Schwarz entschieden entgegen. Er schreibt dazu:

„Mit solchen Mitteln verteidigt man meines Erachtens nur solche Positionen; ein anständiger Gegner bedarf dieser Waffen nicht. Es ist nach meinem Empfinden unfair, solche Motive überhaupt in die Debatte zu ziehen, ganz abgesehen davon, daß jeder tüchtige Mensch den Trug in sich fühlt, sein Können und Wissen am rechten Platze zu verorten; nur ein von seiner Höchstfähigkeit selbst überzeugter Mensch strebt nicht vorwärts und macht dann anderen einen Vorwurf daraus, wenn sie ihn überflügeln“, und rüdt dem Artikelschreiber dann sachlich scharf zu Leibe, indem er ausführt:

„Wie wenig Einsicht in die Verhältnisse der Dert Artikelschreiber besitzt, bezugt auch sein Hinweis auf das summarische Schiedsverfahren, das er kurz mit der Formel $a + b = c$ a. tut. Es ist schwer, solchen Behauptungen gegenüber ernst zu bleiben, ohne unwillig zu werden. Schon an sich ist es für die Unparteiischen keine Schmeichelei, ihre Tätigkeit als denkende Menschen mit der geistlosen Arbeit einer Rechenmaschine auf eine Stufe gestellt zu sehen; es ist aber geradezu eine Herabsetzung, das ernste schiedsrichterliche Wirken und Abmügen die hierfür in Betracht kommenden Persönlichkeiten so nieder einzuschätzen. Wenn sich der Herr Artikelschreiber die Sache so vorstellt, dann beweist er folgend, wie wenig er auch nur versucht hat, sich über die Materie zu orientieren, vov der er schreibt. Tatsache ist, daß sich die Herren Unparteiischen mit einer in alle Einzelheiten gehenden Sündhaftigkeit in die ihnen zur Beurteilung stehenden Fälle vertiefen, und nicht eher die Untersuchung abschließen, bis das letzte Dunkel in der Parteidarlegung erhell ist. Daß sie sich dabei nicht dupendemale das Geheide und ihnen längst Bekanntes erzählen lassen wollen, kann ihnen jedermann nachfühlen, der sich in ihre Lage versetzt. Man darf eben — und das tut nicht allein der Herr Artikelschreiber — nicht übersehen, daß die Unparteiischen Männer sind, die im praktischen Leben stehen, die tagtäglich alle Erscheinungen und Veränderungen auf volkswirtschaftlichem Gebiete verfolgen und denen die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nichts Fremdes sind; ich gebe noch weiter und sage, es sind Männer, welche ein Empfinden für die Forderungen des Lebens, wie sie an beide

Teile gestellt werden, besitzen; und daraus ergibt sich gerade ihre Unparteiichkeit!“

Den Schwerpunkt der Artikels erblickt Herr Schwarz in der Darstellung, daß dem Gewerbe immer höhere Lasten auferlegt und daß diese von außerhalb stehenden Leuten, die die Wirkung ihrer Weisheit weder am eigenen Leibe noch viel weniger am eigenen Geldbeutel spüren, dekretiert werden.“

Er schreibt hierzu:

„Jedes Wort verfoert in diesem Satze eine unbillbare Auffassung. Zunächst ist es ein Unfann, daß die durch die Erhöhung der Arbeitslöhne vernehrten Lasten dem Gewerbe infolge der Tätigkeit der Unparteiischen auferlegt werden. Man verwechselt hier Ursache mit Wirkung; denn unbestrittenerweise ist doch das Eingreifen der Unparteiischen erst eine Folge der Forderungen der Arbeiter, welche sich weigern, zu den alten Lohnsätzen weiterzuarbeiten. Die neuen Lasten sind also auf die Behauptungen der Gehilfen, mehr zu verdienen, ja unter Umständen sogar auf die Korporandität, daß sie mehr verdienen müssen, zurückzuführen. Die Schiedsrichter versehen bei diesem Vorgange nur das Amt der Vermittler, wie dies bei hundert anderen Handelsgeschäften auch der Fall ist; sie tragen infolgedessen keine Schuld an der Erhöhung der Löhne, wie der Artikelschreiber in vollständiger Verkennung der Verhältnisse meint. Für geradezu absurd halte ich aber seine Bemerkungen, welche er auf die Nichtzugehörigkeit der Schiedsrichter zu den betreffenden Gewerben, über die sie urteilen, macht. Nach der Auffassung des Artikelschreibers sollen nur Leute aus den eigenen Reihen für die Vermittlung in Betracht kommen können; nur diese sind nach seinem Dafürhalten insofern, die Interessen richtig zu vertreten.“

Schon an sich betrachtet ist dieser Vorschlag unannehmbar, weiligte, an der Sache selbst Interessierte können doch niemals an die Schiedsprechung herantreten, es sei denn, daß sie sich eben untereinander verständigen. Glückt dies nicht, sind sie am Ende ihrer Kraft. Und wie ist es denn bei den ordentlichen Gerichten. Können da auch die Richter erst eine Stellung einnehmen, damit sie die Wirkung ihrer Weisheit am eigenen Leibe verspüren? Man würde jeden auslachen, der eine solche Forderung erheben würde! Und wenn außerhalb stehende Leute für die Interessensmahrung nicht in Betracht kommen können, dann frage ich, wie ist es dann möglich, daß gerade die Arbeitgeberverbände in der Industrie und in den Großgewerben sich Juristen als Syndici nehmen, und sogar mit ihren Vertretungen beauftragen? Spüren diese Herren, die manchmal ganz abenteuerliche Anschauungen über die sozialen Interessengengnisse und die Betriebsverhältnisse haben, etwa die Wirkung ihrer Weisheit am eigenen Leibe und an ihrem Geldbeutel? Schreiben nicht etwa auch die Herren Redakteure aller Zeitungen über Dinge, denen sie genau genommen als Arbeitstellige gegenüberstehen, mit dem Empfinden, daß sie kompetent sind?

Tann frage ich noch: Seit wann dekretieren die Unparteiischen? Es ist doch jedermanns freier Wille, ihre Vermittlung und sogar ihre Schiedssprüche abzulehnen; und was noch schwerer wiegt: es gilt doch gleiches Recht für beide Teile! Auch die Arbeitnehmer fallen unter die nämliche Behandlung, jedoch eine nachteilige Behandlung nicht behauptet und nicht bewiesen werden kann.

Ein hohes Maß von Selbstverleumdung spricht also aus den Darlegungen des Artikelschreibers, welcher sich damit den Beifall oberflächlich urteilender und nicht denkender Menschen erwerben könnte. Es ist ja heutzutage so leicht und billig, sich z. B. in einer Versammlung von Interessenten irgendwelcher Art als Rednerpult zu stellen und mit Gemeinplätzen die Gemüter aufzuregen und scharfzumachen. Der Beifall ist in diesen Fällen so sicher wie lebhast. Schwieriger, aber ungleich bedeutsamer ist es, der Wahrheit die Ehre zu geben und im konkreten auch einmal etwas zu vertreten, was zum Nachdenken anregt und deswegen nicht aufgenommen wird. Ist es nicht eine Redensart, welche ihren Eindruck auf Hörer und Leser nie verfehlen zu soll: wenn der Herr Artikelschreiber sagt, daß die Arbeiter, welche mehr verdienen müssen, eben mehr, d. h. länger arbeiten sollen? Auf den ersten Blick erscheint dieser verhängliche Satz wie eines Rätsels Lösung. Und doch ist noch selten eine Maßnahme empfohlen worden, deren Verwirklichung größeres Schwierigkeiten entgegenstehen. Meines Erachtens hat der Herr Artikelschreiber damit bewiesen, daß er von Sozialpolitik noch keine Ahnung hat und gar nicht versteht, auszubedenken, welche Wirkung seine Maßnahme in der Praxis nach sich ziehen würde.

Heute weiß und gibt jeder Arbeitgeber zu, daß sich die Lebensverhältnisse für alle Schichten der Bevölkerung andauernd verteuerten; daß es deswegen — ganz abgesehen von einer allmählichen Höbertreibung der Lebensgewohnheiten der Arbeiterschaft, die sich meines Erachtens ganz von selbst vollzieht — erforderlich ist, mehr zu verdienen — wird allgemein als Unfeinbarkeit betrachtet. Daraus entspringt das fortwährende Steigen der Arbeitslöhne, welches auch in der Zukunft mit der Entwicklung der Lebensunterhaltspreise vorwärtschreiten wird. Nun bitte ich, an Stelle der Erhöhung der Löhne die Verlängerung der Arbeitszeit, so wie es der Herr Artikelschreiber wünscht, zu setzen. Würde es nicht die Folge sein müssen, daß sich die Arbeitszeit von Jahr zu Jahr vergrößern müßte, um den höheren Aufwand für die Lebensunterhaltung wettzumachen?

An diesem Beispiel sieht man sofort, daß man allmählich von der zehn- zur elfstündigen, von dieser zur zwölfstündigen Arbeitszeit gelangen müßte, ja daß — wollte

man den Wunsch des Artikelverfassers auf die Vergangenheit anwenden — innerhalb der letzten zwei Dutzenden die Arbeitszeit hätte um dreißig Prozent, sagen wir also von damals elf auf heute vierzig Stunden steigen müssen.

Dieser geistreiche Vorschlag des alten sozialdemokratischen Strömungen unserer Zeit abholen Artikel ist also nicht nur undenkbar, sondern ist in die Knochen reaktionär. Er ist aber auch volksverhätlich betrachtet rational! Man darf also, so meine ich wenigstens, den Arbeiter nicht in seiner Einzelheit betrachten, sondern man muß unbedingt die Stellung aller Maßnahmen in der Richtung auf die Gesamtheit der Arbeiter betrachten. Mit jeder Verlängerung der Arbeitszeit wird, zum mindesten insofern Tagesbeschäftigung und nicht Gelegenheitsarbeit in Betracht kommt, der Bedarf an Arbeitskräften verringert; es muß also mit der Zeit immer ein größerer Teil der Gehilfen arbeitslos werden, weil ja eine sich stetig vergrößernde Zahl derselben durch fortwährend verarbeitete Arbeiter für die Bewältigung der vorhandenen Arbeit ausreicht. Schließlich komme ich aber auch nicht über die Redezeit hinweg, welche ja dann aufwerten, wenn ohnehin wenig Arbeit da ist. Man denke sich in die heute im Baugetriebe herrschenden Verhältnisse hinein, wo es überall an Arbeit und Beschäftigung fehlt. Was soll man in diesem Falle mit dem Vorschlag des Herrn Artikelverfassers begeben?

Kann denn Herr Schwarz im Anschluß hieran gegen eine oder eine gewisse Form betriebsgehende Arbeitszeit eintritt, fahet er zum Schluß noch aus:

„Und damit ist es wieder an dem Punkte angelangt, den ich jetzt betreten muß, an der Bedeutung der Organisation, an der Bedeutung ihrer Stärke und Machtverhältnisse. Auch in dem hier besprochenen Falle spielen sie — wie immer — eine hervorragende Rolle. Eine Organisation, welche für alle Gewerkschaften gilt, wie sie — wie der Herr Artikelverfasser ausnahmsweise richtig sagt — die Interessen durch Worte aus dem eigenen Munde, die nicht nur die notwendigen Kenntnisse, sondern das noch notwendige Gehalt für seine eigenen, vertreten lassen, können sich ruhig dem Bestimmungswesen anvertrauen. Es ist nicht anders als im Ausnahmefalle, bei dem Unparteiischen die Richter, die Parteioberleiter die Anwälte sind.“

Dies wollte ich feststellen. Ich magte offen Stellung zu den Einigungsbestrebungen nehmen, um den Mitgliedern des „Adas“ vor Augen zu führen, wozu ein hoher Wert in ihnen liegt. Ich wollte betonen, daß das demagogisch umstülpende, auf billigen Verkauf rechnende Kräfte eines Herrn Artikelverfassers einen Erfolg zeitigen würde, der in erster Linie in der Ausbreitung einer gegenwärtigen Einigung und der tätigen ungenügsamer Arbeiter zutage trat. Daß ich leugnete aber, wie dies wohl meine Ausführungen erraten laßt, ein empfindlicher Freund des **Wohlbens eines Reichsheimungsamtes** bin, weil jedes Ding seinen richtigen Namen, jeder Mann den ihm zukommenden Platz und jedes Bild seinen Rahmen haben soll, brauche ich nicht mehr besonders zu betonen: mir erscheint die Kolossalität dieser Reichszentrale so vielfach und ernst begründet, daß ihre Anerkennung durch die Reichsregierung nur noch eine Frage der Zeit sein kann; und diese Frage wird nicht unter dem Gesichtswinkel: **Reichsinteresse** oder **Selbstsucht**, sondern nur durch vorurteilsfreie Prüfung gelöst werden können.“

In den Schlussausführungen des Herrn Schwarz liegt auch eine ernste Mahnung für unsere Mitglieder. Die Bedeutung einer Organisation liegt in ihrem Stärke- und Machtverhältnis. Mögen unsere Kollegen diese Worte eines Führers der Arbeitgeber beherzigen und darnach handeln.

Gegenläge.

L

Gegenläge in der Organisationszugehörigkeit von Angehörigen eines Berufes sind Erscheinungen, die zur Förderung gewerkschaftlicher Aufgaben beitragen nicht geeignet sind. Diese Gegenläge, früher in verschiedenen Berufsgruppen vorhanden, hat man sich bemüht, durch Zusammenfassung verwandter Berufsorganisationen, im Laufe der Zeit auszumergen. Insbesondere war dies bei verschiedenen sozialdemokratischen Verbänden der Fall. So vereinigte sich u. a. der sozialdemokratische Bauhilfsarbeiterverband mit dem Bauarbeiterverband, der Schneiderverband mit dem Metallarbeiterverband, der Wäschearbeiterverband mit dem Verband der Schneider usw. Es bedarf keines Beweises, daß die Aktionsfähigkeit der betr. Verbände durch die Zusammenfassungen eine wesentliche Stärkung erfahren hat und, was nicht außer acht gelassen werden darf, auch dem agitatorischen Moment kamen die Verschmelzungen zugute.

Im christlichen Gewerkschaftslager traten diese Gegenläge verhältnismäßig weniger hervor, da schon auf ihrem ersten Kongreß in Mainz die zentrale Verfassersorganisation als die maßgebende Organisationsform festgelegt wurde. Man wollte mit dieser Festlegung eine unnötige Zersplitterung der Branchenangehörigen ein- und desselben Berufs- oder Gewerbegebietes von vornherein vermeiden. Diese Festlegung war nicht nur aus praktisch-gewerkschaftlichen Gründen, sondern auch in agitatorischer Hinsicht die einzig richtige und bildete bei Gründung unserer Bruderverbände die Regel. Es umfassen somit die Verbände der Bauarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Lederarbeiter z. alle Branchenangehörigen des betr. Gewerbe- oder Industriegebietes, ohne Unterschied des Geschlechtes, soweit sie in den ein-

zelnen Gewerbe- oder Industriezweigen vertreten sind und als Betriebsangehörigen- oder Heimarbeitern in Frage kommen. Dadurch hat sich für die betreffenden Organisationen ein gewisses Recht herausgebildet, welches zwar ungeschrieben, aber allseitig anerkannt und respektiert wird. Grundet es sich doch auf eine unerwünscht wirtschaftliche Notwendigkeit. Wie stimmen heute noch dem stolzen Schiffe zu, als er auf dem Wüstenmeer des Streikens der Welt. Wenn ausgesprochenen Gedanken, die gewerkschaftlichen Arbeiterinnen in besondere Organisationen zu sammeln, entgegenzutreten und auszuhärtet: Die Absonderung der Arbeiterinnen von ihren männlichen Berufskollegen erschwert die Lösung gewerkschaftlicher Aufgaben nach jeder Richtung. Damit war die Frage der Sonderorganisation der Arbeiterinnen im Allgemeinen abgetan, das Prinzip der Berufsorganisation noch geistlicher und alle in Frage kommenden Organisationen nahmen die entsprechende Erwägung und wurden Gegenläge vermieden.

Eine bedauernde Ausnahme finden wir im Bekleidungsgebiete. Neben der in Frage kommenden Berufsorganisation christlicher Schneider, Schneiderinnen und verwandter Berufs Deutsche hat sich zeitlich etwas später einer Arbeiterin bürgerlicher Kreise — hauptsächlich Damen — unter dem Namen „Gewerbeverein der Heimarbeitern Deutschlands für die Kleider- und Wäscheherstellung eine Organisation gebildet. Diese Organisation suchte und fand Anhang in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung und war zum ersten mal auf dem Wüstenmeer Gewerkschaftsfest durch Frau. Wenn, damals zum Nachhaken an einer Berliner Waisenschule, vertreten. Durch die Gründung des Gewerbevereins, welche ohne Zustimmung mit dem eigentlichen Berufsverband vollzogen wurde, war das Prinzip der Berufsorganisation für das Bekleidungsgebiet durchbrochen. Einige Zeit nach Gründung des Gewerbevereins versuchte Herr Lic. Mann-Wein, wohl in der richtigen Erkenntnis, daß eine Trennung Berufsangehöriger durch zwei Organisationen, nicht im Interesse der Beteiligten liegen konnte, eine Annäherung zwischen beiden Organisationen durch Abschluß eines Vorvertragbeschlusses herbeizuführen. Während der Verhandlung des Vorvertrages sprach Herr Lic. Mann-Wein, das Geschäft war, das Kartellverhältnis eingeleitet und den diesbezüglichen Vertrag bereits abgeschlossen hatte, wurde er von dem Vorstand des Gewerbevereins der Heimarbeitern wieder erwidert abgelehnt. Auch spätere Versuche, die beiden Organisationen einander näher zu bringen, hatten keinen Erfolg, wir gehen aber aus besonderen Gründen nicht näher darauf ein.

Später lag der Gewerbeverein der Heimarbeitern den Gehalt in seinem offiziellen Titel „für Kleider- und Wäscheherstellung“ fallen und suchte und fand unter weitgehender Unterstützung bürgerlicher Kreise wohl Einigung in weiteren Branchen des Bekleidungsgebietes, während ihn andere Kreise so gut wie verlassen blieben. Wie tatsächlichen Erfolge im Bekleidungsgebiet gaben wiederholt Anlaß zu Gegenlägen zwischen beiden Organisationen.

Bei Anknüpfung von Tarifverträgen neben wir nach wie vor auf dem Standpunkt, der in der christlichen Gewerkschaftsbewegung allgemein vertreten wird, daß keine Organisation von Vertragsverhältnissen ausgeschlossen werden darf, wenn sie für den betr. Beruf oder die betr. Branche in Frage kommt.

Wie liegen nun die Dinge auf diesem Gebiet? Kommt der Gewerbeverein der Heimarbeitern für alle Branchen des Bekleidungsgebietes und die für diese abgeschlossenen Tarifverträge in Betracht? Abgesehen davon, daß wir eine besondere Organisation für Heimarbeitern vom berufstechnischen Standpunkt aus nicht für notwendig halten, kann der Gewerbeverein für Heimarbeitern als eine Gewerbevereinsorganisation für eine Anzahl Branchen der Bekleidungsindustrie überhaupt nicht in Frage kommen. Die Verrechnungsfrage scheidet von vornherein für ihn aus, da in ihr mindestens 50 Prozent männliche Arbeiter beschäftigt sind. Selbständige Arbeiterinnen, die für ein Tarifvertragsverhältnis in Frage kommen, dürfen nicht über 2-3 Prozent vorhanden sein. Auf Hilfsarbeiterinnen, die ab und zu von Frauen- und Weibemachern beschäftigt werden, erhebt sich kein Tarifvertrag. Die Damenbranche kommt für den Gewerbeverein der Heimarbeitern ebenfalls nicht in Frage, da in derselben die Heimarbeit nur ganz vereinigt vorkommt. Damit erledigt sich ohne weiteres die Frage der Zulassung des Gewerbevereins d. Heimarbeitern zu den Tarifverträgen in den genannten Branchen. Wo nach der ganzen Struktur der Branche dem Gewerbeverein keine Mitglieder aus dieser angehören können, kann ersichtlich der Standpunkt der Beteiligung an den Tarifverträgen nicht betreten werden.

Wir waren daher überzeugt, als bei den diesjährigen Einigungsverhandlungen in Dresden Herr von Schulz ein Schreiben des Gewerbevereins der Heimarbeitern zur Verlesung brachte, welches wir im Nachfolgenden im Wortlaut wiedergeben. Es lautete:

„Nach Beschluß unserer Hauptvorstandssitzung vom 28. ds. Mts. habe ich soeben an den Vorsitzenden des Adas in Wüsten den Antrag gestellt, daß man auch unsere Organisation, die jetzt 8071 Mitglieder in 75 Ortsgruppen zählt, zu den Verhandlungen zwecks Abschluß eines Reichstarifvertrages im Schneidergewerbe zulassen möge.“

Ich brauche Ihnen, dem Freunde der Heimarbeitern, nicht erst näher auszuführen, wie unangemessen diese Beteiligung im Interesse der Sache an sich, wie wertvoll aber auch vor allem auch für die Heimarbeitern selbst wäre. Da wir ungefähr ebensoviel Mitglieder haben, wie der Hirsch-Dundersee und der Christliche Schneiderverband

zusammen, ist es wohl auch nur eine Forderung der Billigkeit und Gerechtigkeit. Immerhin fürchte ich, daß von dem einen oder der anderen Seite dennoch Einwände gegen die Zulassung erhoben werden könnten, und so bitte ich Sie von ganzem Herzen, daß die drei Herren Unparteiischen doch das ganze Gewicht ihrer wertvollen Meinung zugunsten der Heimarbeiternvertretung in die Waagschale legen möchten. Ich sollte ja freilich annehmen, daß der „freie“ Schneiderverband, mit dem diesen Winter in Berlin Schüller an Schüller gekämpft haben, jetzt nicht wieder die alte Richtung, andere nicht gelten lassen zu wollen, haben dürfte.“

Sachlich lehnte der Vertreter des „freien“ Verbandes den Antrag ab und zwar bedien sich seine Ausführungen mit unfern Ansichten. Auch seitens der Unparteiischen, wie von den Arbeitgebern, wurde der geringste Versuch gemacht, den Antrag zu unterstützen.

Die „Soziale Praxis“ berichtete nun in ihrer Nr. 21 über die Dresdener Verhandlungen und bewerte in Klammern, „der christliche Gewerbeverein der Heimarbeitern war nicht vertreten.“ — Daraufhin ließ unser Kollege Schwarzmann der Schriftleitung der „Sozialen Praxis“ folgenden Schreiben zu geben:

„In Nummer 21 Ihrer geschätzten Zeitschrift bringen Sie in Spalte 622 einen Bericht über die Tarifverhandlungen im Schneidergewerbe. In denselben führen Sie in Klammern an: „Der christliche Gewerbeverein der Heimarbeitern war nicht vertreten.“ Hierzu gestatte ich mir folgende Bemerkungen:

Die Verhandlungen erzielten sich ausschließlich auf das Wüstenmeer der Herren- und Damenbranche. Nur in einem Falle (Frankfurt) sollten die Damenvereinsangehörige tarifarig erfaßt werden. Für das Herrenvereinsgewerbe kommen mit verschwindenden Ausnahmen nur männliche Arbeiter in Frage, das Damenvereinsgewerbe beschäftigt vorwiegend nur männliche Arbeiter und nicht als 50 Prozent seiner gesamten Arbeiter auf Betriebsverhältnissen, was auch in dem Ausnahmefall Hamburg der Fall ist. Beide Gruppen konnten daher nur den Gewerbeverein der Heimarbeitern nicht in Frage, und es wird auch nicht im Stande sein, nachzuweisen, daß er aus diesen Gruppen eine nennenswerte Anzahl Mitglieder besitzt, auf die er sich bei seinen Verhandlungen um Zulassung zu den Verhandlungen stützen konnte. Wieviel Kartagen waren bei Abrechnung eines Antrages des „Gewerbevereins der Heimarbeitern“ — das Wort „Heimarbeit“ steht in seinem offiziellen Titel — vorgehend. Die Herren Unparteiischen haben sich zweifellos diesen Gründen, wenn auch nicht genügend, angeschlossen, denn sie machten mir den geringsten Versuch, den Antrag des „Gewerbevereins der Heimarbeitern“ zu unterstützen. Ich bringe vornehmlich zu Ihrer Kenntnis, um mich und die durch mich vertretenen Organisation vor dem Vorwurf zu schützen, als wäre ich aus prinzipiellen Gründen nicht für die Zulassung des „Gewerbevereins der Heimarbeitern“ eingetreten, was man von dort aus wohl verstehen wird. Prinzipiell betrete ich und meine Organisation den Standpunkt, daß keine Organisation, die auf gewerkschaftlicher Grundlage steht und für den Beruf in Frage kommt, vom Vertragsverhältnis ausgeschlossen werden soll.

Mit dem Erlaufen, vom Vorstehenden nach Belieben Gebrauch zu machen, zeichne ich mich.

Wir finden es bedauerlich, daß die Schriftleitung der „Sozialen Praxis“ von unserem Schreiben keinen Gebrauch gemacht hat, was man loyaler Weise hätte erwarten dürfen. Dem Ansehen der „S. P.“ hätte die nachträgliche Begründung des Nichtbetretens des Gewerbevereins der Heimarbeitern keinen Abbruch getan. Freilich hätte sie damit auch die Ausführungen ihres Herausgebers, des Herrn Prof. Brande auf dem vom 11.-13. Februar stattgefundenen Verbandstag des Gewerbevereins der Heimarbeitern z. A. desavouieren müssen. Nach einem uns von der Tagung zugegangenen Bericht wüßte sich der Herr Professor mit großer Schärfe gegen das „schematische“ Betreten anderer (!) Verbände, den Gewerbeverein von Tarifverhandlungen auszuschließen. Das sei ein Vorgehen, das von unbegreiflicher Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit zeuge, und über kurz oder lang sich an den vertragsschließenden Parteien bitter rächen müsse. Jede Monopolisierung des Tarifwesens trage den Stein des Todes in sich und widerspreche dem Grundgedanken der tariflichen Regelung, der solidarischen Teilnahme aller Arbeiter. Unsere obigen Darlegungen und unser Schreiben an die Schriftleitung der „Sozialen Praxis“ enthalten die Antwort auf die Ausführungen des Herrn Professors, womit für uns auch die Schlussfolgerung der Sachgenauigkeit in Nr. 11, die sie an ihre Besprechung der Prof. Franzischen Ausführungen knüpfte: „Sie sehen also, Herr Professor, wir befinden uns bei der Legislation, die sie, strenger Richter, vollzogen, in „ausgezeichnet“ Gesellschaft abgetan ist. Jedenfalls trugen die Ausführungen des Herrn Professor nicht dazu bei, einmal bestehende Gegenläge zu mildern.“

Die Behauptung in dem Schreiben des Gewerbevereins der Heimarbeitern an die Herren Unparteiischen, als hätte er ungehörig „wenigstens“ Mitglieder, wie der Hirsch-Dundersee und der christliche Schneiderverband zusammen, sei aus dem Rahmen noch herausgehoben. Es fällt uns nicht ein, zu betonen, daß der Gewerbeverein der Heimarbeitern in Folge der Förderung, die er von allen Seiten erfahren hat, wie in dem Schreiben angegeben, 8000 Mitglieder hat. Wie viele davon für das Herren- und Damenvereinsgewerbe in Frage kommen, ist leider in dem Schreiben nicht angegeben.

Die Aussperrung im Malergewerbe

nimmt ihren Fortgang. Es haben allerdings Einigungsverhandlungen stattgefunden, doch sind dieselben infolge der unerfüllbaren Ansprüche der Arbeitgeber gescheitert. Ueber die begünstigten Verhandlungen, die nach einer Vorbesprechung der Parteirepräsentanten am 8. und 9. April im Berliner Gewerbegerichtsaal stattfanden, wird berichtet: Vor Eintritt in die Verhandlungen verlangte Herr Parteigordner Rath namens der drei Unparteiischen eine Erklärung darüber, ob der Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes einen die Unparteiischen immer beläedigenden Artikel der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ best. In diesem

Artikel wurde den Inparteiischen der Vorwurf gemacht, daß ihre Forderungen nicht auf die Forderungen der Parteien zusammenzufassen und dann einfach zu dividieren ohne Rücksicht darauf, was aus dem betreffenden Gewerkschaften ist. Ob das immer nur aus dem Interesse der Arbeiter oder auch aus dem Interesse der Partei ist, ist nicht zu entscheiden. Der Arbeitgeberverband vernahm das und verweigerte die Inparteiischen keines vollen Vertrauens, sondern seine Sprecher mehrfach zurückzuführen, indem die einen Vertrauensvotum sehr nahe kamen. Besonders die Erklärung der Inparteiischen in Nr. 3 des „Einigungsamt“ bez. die parlamentarische Arbeitsschlichtung wurde für die Arbeitgeber den Stein des Anstoßes. Der Arbeitgeberverband betraute Johann eine Anzahl Veränderungen am Wortlaut des Tarifvertrages und die Verhandlung der durch die Schlichtungsprache vom 24. Februar festgelegten Verhandlungen auf drei Pfennig auf die drei Tarifjahre verteilt. Einer engeren Kommission gelang es in hundertfachen Verhandlungen, die Streitpunkte bezüglich des Tarifsystems durch Formulierung begünstigter Erklärungen auszuwählen, ohne am Wortlaut des Vertrages irgend Veränderungen vorzunehmen. Die aus dem Tarifsystem hergeleiteten Gründe der Arbeitgeber zur Verhängung der Ausperrung sind dadurch gegenstandslos geworden. Zur Kohrtage machten nunmehr die Vertreter der Arbeitgeber den Vorschlag, allgemein die Schlichtungsprache dahin zu ändern, daß 3 Pf. Erhöhung sofort eintreten solle unter Wegfall der für die anderen Jahre vorgesehenen Erhöhungen. Die Schlichtungsvertreter erklärten diesen Vorschlag für unzulässig. In den Plenarverhandlungen am 9. April wurde das Ergebnis der Verhandlungen zum Tarifsystem eingehend unter der Voraussetzung, daß auch die Kohrtage eine betreffende Regelung finde. Hierzu erneuerte der Parteivorstand der Arbeitgeber, Herr Strauß, Berlin das in der Kommission gemachte Angebot. Die Schlichtungsvertreter gaben dazu folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen lehnen das Angebot der Arbeitgeber, durch das sie die Kohrtage festlegen, selbst noch unter die in den Schlichtungsprachen festgelegten Kohne heranzuziehen, grundsätzlich ab. Sie hatten eine Verständigung für eine Reihe von Kohrtagezeiten auf der Grundlage der Schlichtungsprache ohne weiteres für möglich. Dagegen können sie für einen weiteren Teil von Kohrtagezeiten in den Schlichtungsprachen festgelegten Bedingungen über Kohne und Arbeitszeiten nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgenommene Ausperrung wesentlich verändert, indem durch den in Anspruch genommenen Abschluß zahlreicher einzelner und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem „Bund Textilarbeiter-Deportationsarbeiter“ die Schlichtungsprache bereits überholt sind.“

Demgegenüber verharrete der Arbeitgeberverband auf seinem Standpunkt. Die Inparteiischen hielten daraufhin mit dem Ausdruck des Bedauerns fest, daß die Einigungs-verhandlungen gescheitert seien.

Der seit Anfang März andauernde Kampf wird also seinen Fortgang nehmen. Allerdings wird die Zahl der Ausperrten immer geringer infolge der steigenden Zahl von Arbeitsgebern, die durch Anerkennung von einzelntariflichen den Frieden mit der Schlichtungsprache schließen. Daran ändern alle Zwangsmaßnahmen der Zünfte nichts — die übrigen jetzt verbleibenden (sowohl als gegenwärtig noch im Aufstiegsstadium) amtiert wurden — und die Verfalls-erklärungen durch den Arbeitgeberverband nicht das Geringste nach den Kontrollen der Schlichtungsprache betrug die Zahl der im Kampfe Stehenden Ende der letzten Woche noch rund 14%, Laufend gegen 10%, Laufend in der Vorwoche.

Christlich-nationaler Arbeiterkrieg in Münster i. W.

Die bedeutungsvollsten Kongresse in Dresden und Offen haben die christlich-nationale Arbeiterbewegung erneut in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gestellt. Agitation und Parlamente, Arbeitergebet und weltliche Kreise des Volkes werden in letzter Zeit der aufstrebendsten christlichen Arbeiterkraft ihr Augenmerk zu. Gelehrte aller Richtungen bemühen sich, die Längigkeit und das Weizen der christlichen Arbeiterbewegung in Wort und Schrift zum Gegenstand von wichtigen Publikationen zu machen.

Um die Bedeutung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch in den einzelnen Landesteilen mitzuteilen heranzuziehen, wurden im Laufe des vergangenen Jahres außer den beiden vorgenannten Kongressen mehrfach 100-Abendversammlungen veranstaltet, von denen die in Waden und an der Porta-Westfalica wohl den imposantesten Verlauf genommen haben. Die bedeutungsvolle Kundgebung an der Porta-Westfalica vereinigte allein mehr als 20 000 Vertreter der konfessionellen Vereine und der christlichen Gewerkschaften des östlichen Westfalens. Auch im rheinischen Industriegebiet haben mehrfach größere Versammlungen dieser Art mit großem Erfolge stattgefunden.

Das gesamte Münsterland lautet sich zurzeit ebenfalls mit regem Eifer zu einer derartigen Tagung. Gerade das Münsterland, mit seiner ausgedehnten Legitimations-, welche Laufende von Arbeitern beschäftigt, mit ihrer christlich organisierten Arbeiterkraft, und mit ausgeprägter christlich konfessionellem Charakter, welcher seinen besonderen Ausdruck in dem Reichthum zahlreicher konfessioneller Vereine findet — hat bisher den zersplitterten Bewegungen der Sozialdemokratie mit Erfolg den größten Widerstand geleistet. Um dieser Tatsache auch in der Öffentlichkeit die gebührende Geltung zu verschaffen, und die Arbeiterkraft selbst zu neuer Begeisterung und Herbeizug für die Ideale der christlichen Arbeiterbewegung anzufeuern, wird am Sonntag, den 27. April in Münster ein Majnark der gesamten konfessionellen Vereine und christlichen Gewerkschaften des Münsterlandes erfolgen.

Seit Wochen werden die Vorbereitungen dazu von einem aus den Leitern der einzelnen Korporationen bestehenden Ausschuss getroffen, um die Veranstaltung möglichst imposant zu gestalten. Die Tagung wird eingeleitet durch eine große Delegierten-Konferenz in Wellenhausen, in welcher über den derzeitigen Stand der gesamten christlichen Arbeiterbewegung im Münsterlande eingehend Bericht erstattet wird. Ein besonderes Merkmal des Generalkongresses Stegerwald-Röln wird den Delegierten neue Richtlinien für eine weitere erfolgreiche Agitation vermitteln. Anschließend hieran findet Diskussion statt.

Nachmittags 4 Uhr findet dann im großen Schützen-saal eine öffentliche Versammlung statt, zu der als Redner die Herren Diözesanbischof Dr. Müller-Glabach und Generalkongress Stegerwald-Röln gewonnen sind, die über die „Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung als Kulturbewegung“ und über die Notwendigkeit der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereine sprechen werden.

Um diese öffentliche Kundgebung recht eindrucksvoll zu gestalten, damit sie den Massenbewegungen der christlichen Arbeiterkraft in den anderen Landesteilen würdig zur Seite stehen können, richtet der vorbereitende Ausschuss an die Vorstände der teilnehmenden Korporationen die Bitte, allseits eine rege Vorbereitung zu entfalten, um eine Massenbeteiligung an der Veranstaltung zu erzielen. Ten verschiedenen Vorständen wird empfohlen, die Teilnehmerzahl möglichst vergrößern zu helfen, um bei den Rahmenbedingungen Jahrespfeilmäßigungen zu erhalten. Für alle aber muß die Lösung sein: Auf zur großen Verschau auf dem christlich-nationalen Arbeitstag zu Münster!

hohobewegungen und Differenzen.

Beendet sind die Nachschneidbewegungen in Waden und Landeshut und die Bewegung im Damen-schneidgewerbe in Bremen.

In Waden haben nunmehr auch die Firmen der 3. Tarifklasse den Tarifvertrag anerkannt, jedoch sich nunmehr der Tarif auf sämtliche Firmen erstreckt. Neben einer bedeutenden Erweiterung des Tarifs wurde eine 8-10%ige Lohn-erhöhung erreicht. Nun gilt es noch, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der zahlreichen Hochgehenden zu regeln, wozu Aussicht auf Einigung besteht.

Ueber die Bewegungen in Kattowitz, Landeshut und Bremen liegen folgende Berichte vor:

Kattowitz. Seit dem 12. März last hier ein Lohnkampf, der nach den verschiedenen Seiten ausgereit bedeutungsvoll ist, auf Arbeitsverhältnisse der seit vielen Jahren bestehenden Zunft der eigenen Stadt, Verlagerung und Abwander der Kollegen untereinander, wozu noch eine große Portion Ineressenslosigkeit an der gewerkschaftlichen Arbeit kam, und heute? — Ein Zusammenstoß, das in jeder Hinsicht als gut begründet werden muß. Es hat schon gehalten, die Kollegen von der Notwendigkeit des gemeinschaftlichen Zusammenstehens zu überzeugen. Heute gehen über 80 Kollegen im Kampf um Verlagerung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Zu den tätigen Appellen und zum Streikpositionieren findet sich die Willigigkeit punkförmig ein und ist sehr einschüßlich, nicht eher zu ruhen, bis entsprechende Lohnzulagen, geordnete Arbeitsverhältnisse und ein Lohn-tarif eingeführt ist. Zieltes lachte Vorgehen war notwendig, wenn die Arbeitgeber sofort die Bewegung mit einer Handbewegung abzuwählen und an einen Streik nicht glauben, denn sie trauten so was Schreckliches, bisher den so getreten Arbeiter nicht zu. Die Schuld der Kollegen ist eben zu Ende, wamder Arbeitgeber versprach Lohn-aufbesserungen, und beim Versprechen blieb es. Selbst wenn man sich einmal entschloß, 50 Pf. am Gehalt zuzulegen, dann wurde auf alle mögliche Weise versucht, dieses und jenes wieder extra zu verlangen, wodurch die Lohnaufbesserung wieder illusorisch gemacht wurde. Einige Arbeiter treiben eigentlich nur „Kampfab“ mit ihren Arbeitsstätten. Tiefes Durcheinander hat die Kollegen satt und verlangen nun geordnete Verhältnisse.

Auf Arbeitgeberseite fehlt auch der mindeste Zusammen-schluß. Es besteht hier wohl eine Zwangsinnung, um die sich aber die ersten Firmen wenig interessieren. Schließlich ist auch der Herr Obermeister Wegeler, noch einer aus der „guten, alten Zeit“, dem jede Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge ist. War er es doch, der letzter vor Verhandlungen ein Vorstandsmitglied unseres Verbandes auf die Straße warf und Anfangs Februar einen zweiten Kollegen anregelte. Leider konnten wir diese Maßregelungen nicht durch Arbeitseinstellungen beantworten, denn die anderen Kollegen waren zum größten Teil indifferent. Auch dem Herrn Obermeister seine Gründe werden nicht in den Himmel schiefen, dafür werden wir schon sorgen. Durch sein Verhalten haben wir uns veranlaßt, eine geheime Sperrze über sein Geschäft zu verhängen, wodurch er bis heute bereits 4 Arbeiter weniger hat als voriges Jahr. Eine große Un-einigkeit, gepaart mit einer guten. Dosis Mühseligkeit löst auf Seiten der Arbeitgeber den größten Widerstand gegen die Tarifinführung aus. Schließlich hat Herr Kabel, Inhaber der Firma J. J. Fritzel, die Fäden ergriffen und versucht, die Arbeiterge zusammen zu bekommen. Wie verläuft, ist ein totaler Arbeitgeberverband gegründet worden, wodurch man nunmehr unter dem Einfluß des Herrn Kabel der Tarifrenewierung freudlicher gegenübersteht. Die Wendung der Arbeitgeber wäre aber wohl auf keinen Fall eingetreten, wenn wir nicht zum Angriff übergegangen wären und mit großer Ausdauer unsere Position verteidigt hätten. Wäher konnte der Tarif mit 2 Firmen abgeschlossen werden, bei einer dritten, Ernst Wiolet, fanden sich allerdings einige Ausfühler aus der Streikbrecherzunft bereit. Insbesondere waren es 2 besondere Freunde, der eine der Vorstände der hiesigen Kirch-Dunderiden Schneidermeister, Johann Fritzel, Friedrich, 6 wohnhaft, (bei den G.-Z. sind hier 13 Mitglieder, davon ist Fritzel der einzige Arbeitnehmer und dieser wurde noch zum Vertreter an der Kollegenchaft, indem er Streitarbeit machte.) Der zweite Ausfühler ist das sozialdemokratische Parteimitglied Walter Dorn, Soltstr. 28. Auch diese fand es für notwendig, dem Arbeitgeber Ausbezahlungen zu leisten. Eine wirklich nette Gesellschaft!

Von den Erfolgen, die bisher erreicht sind, ist besonders zu erwähnen die Abschaffung der Stüdarbeit in der Damen-schneiderei. Dafür sind Mindestmodenpreise bei 10-tündiger täglicher Arbeitszeit einschließlich Frühstücks- und Vesperpausen für den selbständigen Damen-schneider von 36 M. für den Anfang von 30 M. eingeführt. Die Ueber-tunden werden mit 33% Prozent Zuschlag bezahlt. In der Herrenschneiderei sind die Erfolge ebenfalls bedeutend, doch hierüber später.

Wir stehen noch mitten im Kampfe. Derselbe wurde spät und nicht bei allen Firmen zu gleicher Zeit aufgenommen. Die Saison fängt hier etwas später an als anderwärts und zieht sich dafür aber beträchtlich bis nach Pfingsten hin. Die Situation ist gut, nur noch kurze Zeit und wir werden unsere geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben. Wir werden nicht nachlassen, bis wir am Ziele sind. In dem bestimmten Bewußtsein, daß den oberflächlichen Firmen ohne Kampf nicht bezugommen ist, werden wir aushalten müssen und sind fest entschlossen, es zu tun.

Landeshut. Zum 1. April wurde der im Jahre 1910 mit der hiesigen Zwangsinnung abgeschlossene Lohn-tarif gestündigt. Die neuen Forderungen waren in Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich das Landeshuter Schneidergewerbe befindet, in sehr bescheidenen Grenzen gehalten und wurden gemeinsam von unserem Verband und dem „freien“ am 2. März überreicht. Am 31. März fanden die ersten Verhandlungen statt.

Zunächst schien es, als ob die Verhandlungen überhaupt scheitern sollten, da sich die Herren Innungsmeister auf den Standpunkt stellten, nur für die 2. Tarifklasse zu verhandeln. Kollege Dauner-München vertrat demgegenüber die Ansicht, daß es ganz unmöglich sei, nur für die 2. Klasse zu verhandeln und beantragte, beide Tarifklassen gemeinsam zu beraten, da sonst die Verhandlungen überhaupt keinen Wert hätten.

Die Arbeitgeber zogen sich daraufhin zu einer Sonder-beratung zurück. Das Ergebnis dieser Beratung war, daß sie sich doch dazu bequemen, für beide Tarifklassen zu verhandeln. Es gelang denn auch nach zweitägigen Verhandlungen, einen neuen Tarif mit 2-jähriger Vertragsdauer zu vereinbaren. Der neue Tarif bringt den Kollegen eine Lohnaufbesserung von 7-9 Prozent. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß es auch durch die einzelnen Kollegen in den Erzeugnisse hochzuhalten. Hier sind im Schneidergewerbe die Verhältnisse. Sie zu bessern und soweit als möglich zu befestigen, wird nur durch treue, opferwillige Mitarbeit sämtlicher Kollegen möglich sein. Wägen aber auch die noch fernstehenden Kollegen daraus lernen, daß nicht der Einzelne (auch nicht in kleineren und mittleren Städten) in der Lage ist, seine Lage zu verbessern, sondern nur wenn sie, wie schon so oft gesagt, in der Organisation zusammenstehen.

Bremen. Endlich, können wir sagen, ist auch unsere Lohnbewegung der Damen-schneider beendet. Lofchen der alte Tarif am 1. Dezember vor. Ist gestündigt und auch damit gleichzeitig die neuen Forderungen eingereicht waren, konnten doch erst die Verhandlungen am 31. März beginnen, welche unsererseits von Kol. Recheiter-Lockburg und seitens des freien Verbandes vom Kollegenmeister geleitet wurden. Nach am besten Abend wurde die Gelegenheit einer kompromittierten Mitglieder-Entscheidung erreicht und mit großer Mehrheit angenommen. Es bedurfte hervorgehoben zu werden, daß der Kollegenmeister des freien Verbandes unterem Verhalten, sowie der Mitarbeit des Kollegen Recheiter während dieser Lohnbewegung öffentliche Anerkennung zollte. Auch es sollte anders kommen. Nach im Laufe des folgenden Tages hielten sich über die Auslegung des Tarifs Schmierigkeiten ein, die neue Verhandlungen notwendig machten. Am 2. April fanden unter Mitwirkung des Herrn Gewerkschafts-Deputierten wieder Verhandlungen statt. Durch einen Vermittlungsvorschlag, den Kollege Recheiter einbrachte, gelang es, eine vollständige Einigung in der Kohrtage herbeizuführen. In der nun abend stattgefundenen kombinierten Versammlung wurde das Ergebnis bekannt gegeben. Es entspann sich eine leb-hafte Debatte darüber, die allerdings nur die Gegner des Einigungs-vorschlages betrafen. Die vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme des neuen Tarifvertrages. Das Ergebnis der Abstimmung wurde in der am 3. April stattgefundenen letzten Verhandlung den Arbeitgebern mitgeteilt, worauf die Unterchriften vollzogen werden konnten.

Der neue Tarifvertrag hat uns wieder ein gut Stück vorwärts gebracht. Während früher jede Firma der Damenbranche einen besonderen Tarif hatte, ist es jetzt gelungen, etwas Einheitslohn in dieser Beziehung zu schaffen. Mit dem Erfolg, den diese Lohnbewegung erzielte, können wir sehr wohl zufrieden sein.

Es liegt nun an den Kollegen, die Organisation zu stärken, um nicht nur das Erreichte zu erhalten, sondern auch weiter auszubauen. Die Grundlage hierzu ist geschaffen. Darum auf, Kollegen, helfe eine jeder mit, neue Kämpfer für unsere Sache zu gewinnen.

Zum Schluß wollen wir nicht verfehlen, Herrn Dr. Hügge für seine Mitwirkung als Inparteiischer unseren Dank auszusprechen.

In der Berliner Gewerkschaften haben die Verhandlungen ihren Abschluß gefunden. Die Arbeitgeber sollen, Zeitungsberichten zufolge, bei einer vierjährigen Tarif-dauer 10 Prozent Lohnsteigerung und Schaffung eines einheitlichen Tarifes für ganz Berlin zugestanden haben. Mit 858 gegen 251 Stimmen nahm eine von dem „freien“ und Kirch-Dunderiden Verbands einberufene Versammlung die Zugeständnisse an. Wir werden auf den Abschluß der Bewegung noch zu sprechen kommen.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahr! Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer sich mit seinen Beiträgen im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 16. Wochen-beitrag für 1913 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Abgerechnet haben für 1. Quartal folgende Zahlstellen: Waden, Laupheim, Wargheim, Straubing, — Straßweller, Schweinfurt, Wiesbaden, — Barmen, Buer, Dörne, Rod-lingenhausen, — Auzich, Hannover.

Zahlstellen, welche noch von Nr. 5 der Schneider-Zeitung übrige Exemplare haben, werden ersucht, diese an die Geschäftsstelle einzusenden.

Der Zentralvorstand.
J. A.: A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Odenburg. Am Sonnabend, den 5. April feierte unsere Zahlstelle ihr zehnjähriges Bestehen durch einen gemüthlichen Kommerz. Arbeitersekretär Gante begrüßte die Erschienenen und gedachte dann in längerer, wohlwollender Rede der gewerkschaftlichen Arbeiten und Erfolge unserer Zahlstelle während des letzten Decenniums. Der Redner mußte unterbrechen, da inzwischen 5 Kollegen der Zahlstelle Bremerhaven eintrafen, welche mit lebhaftem Bravos begrüßt wurden. Sodann, in seiner Rede fort-führend, schilderte Redner die Entwicklung der Zahlstelle, wobei er auch die Verdienste der beiden Mitbegründer, des Kollegen Recheiter und Ziel hervorhob. Sein warmer Appell an die Kollegen, mit unerschütterlicher Treue das Banner hochzuhalten, sowie dem Dank dadurch Ausdruck geben, indem wir unserer bemühten Leitung niemals die Mitarbeit verlagern werden, fand hürnächsten Beifall. Hier-auf wurden den beiden Jubilären als Zeichen des Respekts

Zuschneide-Schule von A. Jürgens

Schneidermstr., Berlin, Friedrichstr. 216. Filiale Riga (Rußland)

Kurse im Zuschneiden von Zivil-, Uniformen-, Damen-Garderobe beginnen jeden 1. u. 16. i. Mt. Leichtes und praktisches System. Höchste Auszeichnungen. Pächlerlehrer an mehrer. Handwerkskammern. Gediegenste Ausbildung. Große Zuschneider Nachfrage. Schnittmuster-Verlag. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Verlangen sie Prospekt.

Zittauer Nähfäden Marke Dreieck Nähfadenfabrik Zittau

H. Hofmeister's Zuschneider-Schule Bremen 50
Bismarckstr. 17. * Anfang der Unterrichts-Kurse am 1. und 10. jeden Monats. Die **modernen Oberkleider**. Lehrbuch z. Selbstunterricht. Inhalt: Röcke, Sakkos, Pullover, Mäntel, Jagden, Frack, Smoking, Westen, Vermeil, Strohkopfen, Westjacket, Anabenjacket, Bluse und Leibchen, Preis 6 Mk. **Der Herrliche Kostenschmitt**. Lehrbuch zum Selbstunterricht. Inhalt: Halbweite Hufe, enge Hufe, weite Hufe, Dackelhufe, Siefel, einnagelige Stiefel, Rumpfh. Riding Dresses, Reife-Hufe für Offiziere der Kavallerie, Marine, O. u. Z. beinhalten, V. Hufen, Anabenhufe, Preis 4 Mk. Weisse Händer sind dauerhaft u. elegant geb. Schnittmuster-Verlag für Herren- u. Damen-Garderoben. Prospekt gratis und franco.

Reit- u. Uniform-Tuche Reit-Cords

Kustav Böhm, Nachen-A.
Muster zu Diensten.

Otto Hahn, Cottbus

Tuchengros .-. **Tuchversand**
Pa Qualitäten in Tuchen, Bukskin und Palotstofften
Erstklassige Musterkollektionen für die Herren Schneidermeister gratis u. franco.

Damentuche * Schneiderartikel

Genua-Cord (Manchester)

schwer 10 m à 16,50, schwerer Zwirn à 18,50, schwerste Qualität mit Zwirnketze à 20,50 Mark franko Nachnahme versendet alle Farben
Mechanische Weberei Th. Lensing, Bocholt.
Nur an Schneidermeister.

3 tüchtige

Großhändler

finden dauernde Arbeit auf 1. Tarif und in guter Werkstatt bei

Konrad Schöpler & Sohn

Weimar.
Bisherige Anmeldung erwünscht.

Gebrüder Bach

Dresden-A.

Grünauerstr. 17. Ghd.
Grosso-Handlung für alle Schneiderezinhalten.

Band-, Knopf- u. Nadel- tanzwaren.

Erstklassige Qualitäten,
Konturrenzfähige Preise.
Verlangen Sie Preislisten.

Berliner Schneider-Akademie von RUDOLF MAURER

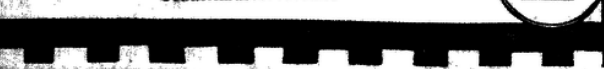
Inh. ALFRED MAURER

Berlin W 8, Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße

Zuschneide-Lehranstalt I. Ranges

für Herren-, Damen- und Wäscheschneiderel

Verlag von Lehrbüchern zum Selbstunterricht für Damen- und Herrenschneiderel, Modejournale und Fachschriften
Internationaler Stellennachweis Prospekte gratis
Schnittmuster Versand



„Eigenes Heim.“

Für Schneider, welche selbstständig werden wollen, ist ein gut gebautes Haus, in welchem seit 10 Jahren das Geschäft mit Erfolg betrieben wurde, sofort aus freier Hand billig zu verk. Off. u. B. N. 28 an Otto Kleine Berlin S W 47.

150 Schnittmuster

kosten nur Mk. 2.00.

Für Anaben- und Wädchenschneidung, in jedem Alter, für jede Form u. Modart passend.

L. Müller, Schwerin, Lübeckstr. 58.

Reitbesagleder

in Eamisch u. Chrom-Belegleder schwarz und seid-grau empfiehlt billigst

Andreas Bauer Weißgerbermeister, Rosenheim i. Oberbayern.

Hefte und Coupons

Buchlein ca. 140 breit, ab 50 lang, für Anabenhosen, 10 St. 6,50, 2x3 Meter 2 Herrenanzüge 12 Mk., für 5 Herrenhosen 1,10, 1,20 lang, 12 Mk. Schwarz u. blau l. Gehörtsreife 1,10, 3 Meter à Meter 3,50 Mk. Versand p. Nachnahme.

J. M. Nolte, N.-Glabbad.

Futterstoff-Hefte

jeder Art, bis 5 m u. länger kaufen Sie am besten und billigsten nach Gewicht von Fritz Stange, Nürnberg, B. Sp. 13

Verlangen Sie Muster franko.

Zum Selbstunterricht! Bewährtes Lehrbuch

für **modernen Herrenschmitt** einschl. Uniform- u. Amtstr. Einfach, leicht fasslich u. zuverlässig. Nur einfache Körpermaße, schnellste Aufstellung, hohe elegante Form, tabellarischer Geh. Preis nur Mk. 5.00. Näheres durch **Otto Kleine**, Berlin, Wäd.-enstr. 67.

Moden-Akademie

Zuschneide-Schule

d. Zuschneider-Vereinigung v. Rheinland u. Westfalen. (Privatschule)

• **Erstklassige Zuschneide-Unterrichts-Anstalt.** •

Beste Ausbildung für

Schneidermeister, Zuschneider, und Direktrizen.

Haupt-Kurse beginnen am 2. Januar, 16. Januar und 1. Februar 1913. Schnell- u. Abendkurse täglich. • Verlag von Lehrbüchern u. Fachzeitschrift. • **Anerkannt erfolgreichster Stellennachweis.**

Neu! Im Januar 1913 erscheint die III. Auflage unseres **Damen-Lehrbuches** in vollständig • neuer Bearbeitung und Ausführung • **Neu!**

Prospekt gratis durch die Geschäftsstelle
Köln a. Rh. Neumarkt 27-29 Ecke Theobaldsgasse im Möbelhaus, Telefon B 5854.

Zuschneideschule

J. KUMPAN

Schneidermeister

BERLIN SW 48

FRIEDRICH-STRASSE 15

Fernspr.: Amt Mortapl., Nr. 5951

Erfolgreiche Fachlehranstalt für Zuschneidung der gesamten Herren- und Damen-Garderobe. Eigenes in langjährig-r. Praxis belienes erprobtes und bewährtes System

SCHNELL-KURSE!

TAGES-KURSE! ABEND-KURSE!

Beg. der Kurse jederzeit bei vorher. Anmeldung

Vorzüglich sitzende Schnittmuster
für alle Zwecke der modernen Herren- und Damen-Schneiderel
Lehrbücher zum Selbstunterricht • • • • • Prospekte kostenfrei

Bügelöfen

massive

Bügeleisen

Kohlen-

Bügeleisen

fabriziert

Alfons Fischer

Fouerbach (Wttbg.)

Prospekte gratis.

Mayfair Fashions Zuschneide-Akademie



Wer das Zuschneiden zu erlernen beabsichtigt und sich nicht den soeben erschienenen Prospektus der M. F. Z. A. senden läßt, dem fehlt es an Umsicht!
Deutsche Filiale Hannover, Langelaube 50.

Die wunderbarsten Blätz- Trikot-Wäsche

läuft nicht ein.
Glängende Wäsche.
Sehr billig
Normal Reform
Blau Rockhosen. Combinations.
Berlins an Strasse. Katalog und
Proben franco u. a. Strumpf- u.
Garn-Fabrik Georg Koch.
Hoflieferant in Erfurt W 183

Neue Kunden

bringt Ihnen bei möglichen Preisen ein Inferat in der in ganz Deutschland verbreiteten
Schneider-Zeitung.

Deutsche Bekleidungs-Akademie München

M. Müller & Sohn, Schellingstraße Nr. 41

Fachlehranstalt I. Ranges für Herren-Schneider

: **Verlag von Lehrbüchern und Journalen** :

Bevor Sie eine Lehranstalt besuchen, empfehlen wir Ihnen, sich gratis und franko den Prospekt und Lehrplan unserer Akademie kommen zu lassen.

M. Müller & Sohn, München NW

H. Koch, Schneiderobermeister, Lemgo, Mittelstr. 96

Zuschneide-Lehrbuch für die Selbsterlernung der Oberbekleidung. 80 Zeichnungen Röcke, Sakkos, Palotots, Westen usw. in überraschender Einfachheit. 10 Mk. Das **weitbekannteste Hosenbuch**. 15 Zeichnungen der versch. Hosen, anerkannt vorzüglichsten Paßform, 5 Mk. **Schnittmuster in Lebensgröße**, 30-60 cm halber Oberweite. 16 Sakkos, 9 Gehröcke u. 16 Westen 5 Mk. 15 Hosen u. 9 Palotots 5 Mk. 10 Knabenhosen, 6 Leibchen u. 3 Blusen 3 Mk. Prospekt gratis.

FÜR SCHNEIDER!

Einzig dabeihende Neuheit ist das neue revidierte Spezialbuch für Reit-, Sport-, Brecheshosen ohne Dressur à 10 frs., sowie das Werk üb. Zivilhosen mit neuem Kontrollmaßverfahren à 8 frs. beide auf 16 frs. Schnittmuster 5 frs. Prosp. durch Verleger und Erfinder.
W. Horelsohl, Zürich, Bahnhöfstr. 12.

Wilh. Hobrecht Tuchversandhaus

Gegründet 1886
Berlin C 2, Neue Promenade 4
gegenüber Bahnhof Börse.

ADLER
Nähmaschine
(Schnellnäher)

Beste Maschine zum Nähen, Sticken und Stopfen.

D. R. P.

H. Koch & Co.
Act. Ges.
Bielefeld